

DER WEG ZUR HERDENIMMUNITÄT

Durch eine Impfung schützt man nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch die der anderen. Aus ökonomischer Sicht kann es bei der individuellen Impfentscheidung dadurch zu einem „Trittbrettfahrer-Verhalten“ kommen: Wenn sich genug andere impfen lassen, ist die eigene Impfung eventuell nicht mehr nötig. Zur Lösung dieses Problems haben Ökonomen ganz unterschiedliche Vorschläge gemacht, wie etwa das Impfen mit einer Prämie zu belohnen oder Impfungen über Auktionen zu versteigern. Solche Ansätze bergen jedoch auch Gefahren. Neben Aufklärungskampagnen und Vereinfachungen des Impfverfahrens sind vor allem Nachteile für diejenigen, die sich nicht impfen lassen, die bessere Lösung. Da Impfen das beste Konjunkturprogramm ist, sollten die derzeitigen politischen Widerstände gegen die temporäre Benachteiligung von Ungeimpften überdacht werden.

Die Frage, ob man sich gegen COVID-19 impfen lassen soll oder nicht, beschäftigt derzeit viele. Bei der **individuellen Impfentscheidung** geht es um die Abwägung der Kosten und Risiken gegenüber den Vorteilen. In Deutschland sind die Impfungen kostenlos, sodass die Nachteile vor allem die möglichen Nebenwirkungen des Impfstoffs sind. Der Vorteil besteht in der hohen Wahrscheinlichkeit eines Infektionsschutzes. Dadurch wird nicht nur die eigene Gesundheit gewahrt, sondern auch die von Familienmitgliedern und anderen Menschen, die eventuell zu Risikogruppen gehören.

Aus ökonomischer Sicht erzeugt die Impfung eine sogenannte „positive Externalität“. Der Geimpfte reduziert nicht nur das Risiko der eigenen Erkrankung, sondern auch das Risiko der Ansteckung anderer. Aus diesem Grund kann die Ausbreitung des Virus selbst dann gestoppt werden, wenn sich nicht alle impfen lassen. In der Epidemiologie bezeichnet die **Herdenimmunität** eine indirekte Form des Schutzes vor einer ansteckenden Krankheit. Dieser Schutz entsteht, wenn ein hoher Prozentsatz einer Population bereits immun geworden ist, sodass sich die Ausbreitungsmöglichkeiten des Erregers innerhalb der Population insgesamt vermindern. Bei welchem Wert die Herdenimmunität erreicht wird, hängt von der Krankheit ab. Bei Masern müssen 95 Prozent der Population immun sein, bei Diphtherie 80 Prozent.

Die Schätzungen der Schwelle für die Herdenimmunität im Falle des Coronavirus liegen bei 60 bis 70 Prozent. Dieser relativ niedrige Wert klingt zunächst nach einer guten Nachricht. Für die individuelle Impfentscheidung stellt er jedoch ein Problem dar. Wenn man darauf spekuliert, dass sich genug andere impfen lassen und so die Herdenimmunität erreicht wird, könnt man selbst auf die Impfung verzichten und so eventuelle Nebenwirkungen vermeiden. Ökonomen sprechen in

diesem Zusammenhang von einem **Trittbrettfahrer-Verhalten**. Das Problem dabei: Wenn alle darauf spekulieren, dass sich die anderen impfen lassen, könnte die Herdenimmunität zu spät oder gar nicht erreicht werden.

Dazu ein Zahlenbeispiel: Knapp 78 Prozent der Bevölkerung müssen sich impfen lassen, wenn der Impfstoff einen 90-prozentigen Schutz leistet und die Herdenimmunität ab einer individuellen Immunität von 70 Prozent der Population erreicht wird. In einer weltweiten **Umfrage zur möglichen Akzeptanz eines COVID-19-Impfstoffs** reichten die positiven Antworten von 55 Prozent in Russland bis 87 Prozent in China. Im September 2020 ergab eine Umfrage des Pew-Instituts, dass 49 Prozent der amerikanischen Erwachsenen einen COVID-19-Impfstoff ablehnen würden. Es scheint also, dass derzeit die individuelle Impfbereitschaft in vielen Ländern zu gering ist, um eine Herdenimmunität zu erreichen.

Um dieses Problem zu lösen, käme eine **Impfpflicht** in Frage. In Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern ist das ein sensibles Thema. Die Bundesregierung hat sich klar gegen eine Impfpflicht ausgesprochen. Eine Pflicht könnte nicht nur als unzulässige Einschränkung individueller Freiheitsrechte und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit verstanden werden, sondern auch das falsche Signal senden, dass Impfungen gefährlich und daher nur mit Zwang durchzusetzen sind. Diese Sichtweise ist aber selbst in freiheitlichen Gesellschaften kein Konsens. In Australien hat Premierminister Scott Morrison betont, er wolle eine Impfpflicht für alle Bürger, sobald ein Impfstoff vorhanden sei. Die nationale Fluggesellschaft Qantas will zumindest auf Interkontinentalflügen eine Impfpflicht für ihre Passagiere einführen.

Eine Alternative zur Impfpflicht wäre, **die Menschen dafür zu bezahlen, dass sie sich impfen lassen**. Die Ökonomen Gregory Mankiw und Robert Litan haben sich in dieser Richtung geäußert. Litan schlägt vor, jedem Einwohner der USA, der sich impfen lässt, 1.000 US-Dollar zu bezahlen. Ein solches Programm würde rund 300 Mrd. US-Dollar kosten, was einem Drittel der kurz vor Weihnachten beschlossenen neuen Corona-Hilfen in den USA entspricht. Mankiw verweist darauf, dass derzeit nicht der Shutdown, sondern vor allem die Angst vor einer Infektion das größte Hemmnis für eine Erholung der privaten Konsumausgaben ist. Ausgaben, die die Impfbereitschaft fördern, sind vor diesem Hintergrund das beste Konjunkturprogramm.

Ob diese Idee erfolgreich sein würde, ist aber keineswegs sicher. Die Verhaltensforschung zeigt, dass bei Entscheidungen unter Unsicherheit eine Prämie oft als Warnsignal interpretiert wird. Was nichts kostet, so die Überlegung ist auch nichts wert, und was einen negativen Preis hat, muss wohl mit Risiken verbunden sein. Der US-Ökonom Richard Thaler, der für seine Verhaltensstudien den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hat, schlägt daher den gegenteiligen Weg vor. Aus seiner Sicht übersteigt zu Beginn der Impfungen die Nachfrage das Angebot. Profisportler, Politiker und Prominente dürften eine hohe Zahlungsbereitschaft für eine frühe Impfung haben. Thaler schlägt daher eine **Auktion** vor, bei der Impfungen an die Höchstbietenden versteigert werden. Während die Einnahmen dieser Auktion für einen wohltätigen Zweck verwendet werden können, signalisiert die hohe Zahlungsbereitschaft die Werthaltigkeit der Impfungen und löst so eine verstärkte Nachfrage in der breiten Bevölkerung aus.

Aber natürlich hat auch dieser Vorschlag seine Tücken. Viele würden es als ungerecht empfinden, wenn sich Wohlhabende und Privilegierte zuerst impfen lassen dürfen. Thaler selbst empfiehlt daher zusätzlich das, was er unter dem Begriff „**Nudging**“ („Anstupsen“) in die ökonomische Theorie eingeführt hat: Eine Methode, das Verhalten von Menschen zu beeinflussen, ohne dabei auf Verbote und Gebote zurückgreifen oder ökonomische Anreize verändern zu müssen. Werbung, Aufklärung und Information zählen ebenso dazu wie eine möglichst einfache und barrierefrei Impfabwicklung oder SMS-Erinnerungen an Impftermine.

Ob das alles reichen wird, kann allerdings bezweifelt werden. Wenn sich abzeichnet, dass das Angebot an Impfstoffen die Nachfrage übersteigt, sind **Vorteile für bereits Geimpfte** der effektivste Anreiz für eine Impfung. Das könnte beispielsweise bedeuten, dass Sport- und Kulturveranstaltungen nur von Geimpften besucht werden dürfen. Zahlreiche Politiker in Deutschland haben bereits signalisiert, dass sie dies nicht tolerieren wollen, da sie eine Impfpflicht durch die Hintertür befürchten. Ob es juristisch überhaupt möglich ist, im privatwirtschaftlichen Bereich Vorteile für Geimpfte zu verhindern, ist allerdings umstritten. Da Impfen zudem das beste Konjunkturprogramm ist, kann es sich die Regierung auch wirtschaftlich kaum erlauben, Nachteile für Ungeimpfte auszuschließen. Mit der „kategorische Ablehnung, zwischen Geimpften und Ungeimpften“, so Nikolaus Blome in einem Kommentar des Nachrichtenmagazins Der Spiegel „sägt die Politik den Ast ab, auf dem sie bald sitzen muss, denn sie wird diese Ungleichbehandlung nicht verhindern können, mehr noch: Sie wird sie brauchen.“

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Björn Block (bblock@marcard.de), Annette Streicher (astreicher@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & CO AG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2021

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsäußerungen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.